Worte und Taten

Sie gilt als eine der am besten bezahlten Schauspielerinnen der Welt, auch die Liste ihrer Auszeichnungen und Nominierungen ist eindrucksvoll. **Jennifer Lawrence,** 27, könnte mal Ferien machen oder sich ganz und gar auf die nächste Rolle konzentrieren, an Anfragen dürfte es nicht mangeln. Doch die US-Amerikanerin engagiert sich lieber als Mitglied der Non-Profit-Organisation Represent.us, die gegen Korruption in der Politik kämpft. Vergangenen Samstag hielt Lawrence bei der politischen Show „Unrigged Live!“ eine flammende Rede: Die Regierung sei dafür da, den Bürgern zu dienen, die mit ihren Steuergeldern die Politiker finanzieren. Es sei Zeit, Ideologien und Parteigrenzen zu überwinden, Zeit, sich zusammenzuraufen und die US-amerikanische Demokratie in Ordnung zu bringen. Aus ihrer kritischen Haltung zur Regierung, speziell zu Präsident Trump, hat Lawrence noch nie ein Geheimnis gemacht. Erst im Dezember erklärte sie, sie würde ihm gern mal direkt die Meinung sagen und diese mit einem Martini bekräftigen – den sie Trump ins Gesicht schütten möchte. ks

IAN WEST / EMPICS / PICTURE ALLIANCE / DPA

SVEN SIMON / PICTURE ALLIANCE

Ein Herz für Zocker

Für Stimmung wie nach einem Highscore sorgte die CSU-Politikerin **Dorothee Bär,** 39, vorige Woche in der Computerspielbranche. Der E-Sport habe es in den Koalitionsvertrag geschafft, verkündete die Unterhändlerin für den Bereich Digitales. Die Fränkin sitzt seit Jahren der Jury des Computerspielpreises vor – sie kam nach eigenem Bekunden einst durch ihren Bruder zum Gaming. „Mit der Anerkennung als eigene Sportart mit Vereins- und Verbandsrecht werden die letzten Hürden gegenüber dem E-Sport beseitigt, und der Entwicklungsstandort Deutschland wird deutlich gestärkt“, sagt Bär. Diese Aufwertung des E-Sports, in dem längst auch Profis zocken, ermöglicht unter anderem den Zugang zu staatlicher Sportförderung. Die CSU-Frau sieht nun auch ARD und ZDF in der Pflicht, „herausragende E-Sport-Ereignisse im Hauptprogramm“ zu senden. Dieter Janecek, Obmann der Grünen im Ausschuss Digitale Agenda, bewertet das Engagement kritisch: „Es sollte nicht Aufgabe der Bundesregierung sein, Lobbyforderungen der Computerspielbranche in dieser Form zu unterstützen.“ rom